

Öffentliche Ausschreibung (VOB)

VGF 007/25 - Brandschutz- und Schadstoffsanierung Schweizer Platz –
Schadstoffsanierung Hauptmaßnahme

a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie E-Mail-Adresse des Auftraggebers (Vergabestelle)

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)
Kurt-Schumacher-Str. 8
60311 Frankfurt am Main
Deutschland
+49 6921326219
+49 6921323336
vergabestelle@vgf-ffm.de

b) Gewähltes Vergabeverfahren

Öffentliche Ausschreibung [VOB]

c) Gegebenenfalls Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung

Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen

d) Art des Auftrags

Bauleistung

e) Ort der Ausführung

60311 Frankfurt am Main

f) Art und Umfang der Leistung

Brandschutz- und Schadstoffsanierung Schweizer Platz – Schadstoffsanierung Hauptmaßnahme
Die vorliegende Ausschreibung beinhaltet die Demontage von Brandschutzklappen, Lüftungskanäle sowie das Zerlegen von Brandschutztüren in der U-Bahnstation Schweizer Platz, alle Ebenen gemäß beiliegender Ausschreibung, Planung und Termine. Die Ausführung erfolgt innerhalb von 3 Jahren während des Fahrbetriebs. Die Schadstoffsanierung kann nur in Etappen ausgeführt werden, da der bauliche Brandschutz während der Baumaßnahme weiterhin gewährleistet sein muss. Die Maßnahme ist so zu planen und zu koordinieren, dass Fahrgäste, VGF-Personal sowie andere Gewerke nicht behindert werden. Zur Realisierung des Terminplans ist genügend Personal über den Ausführungszeitraum einzutakten.

Während der Baumaßnahme ist Fahrgastbetrieb. Eine enge Abstimmung von einzelnen Arbeitsschritten ist mit der Projekt- und Bauleitung und den Schnittstellengewerken dringend erforderlich.
Vor Angebotsabgabe ist es erforderlich die U-Bahnstation Schweizer Platz in Begleitung eines VGF-Mitarbeiters zu begehen (MUSS-Kriterium); siehe Formular „Formular Objekt-Ortsbesichtigung VGF 007_25“.
Der Auftragnehmer muss als Referenzen drei vergleichbare Maßnahmen in unterirdischen Bahnstationen unter Betriebsbedingungen/Fahrbetrieb aus den letzten fünf Kalenderjahren angeben.

Das zugrundeliegende Leistungsverzeichnis beinhaltet hierbei die Hauptmaßnahme der Schadstoffsanierung

Die im Leistungsverzeichnis aufgeführten Leistungen umfassen:

- Bereitstellen und Vorhalten der eigenen Baustelleneinrichtung
- Sanierungsbereich nach TRGS519 vorhalten für die komplette Bauzeit
- Sanierungsbereiche nach TRGS519 für den Ausbau Brandschutzklappen
- Demontage von Lüftungskanäle mit KMF-Isolierung nach TRGS521
- Demontage von Brandschutzklappen nach DGUV 201-012 BT58 Verfahren
- Zerlegen der Brandschutzklappen sowie Brandschutztüren im Sanierungsbereich
- Reinigung der Sanierungsbereiche
- Visuelle Abnahme sowie Freimessungen durch AG
- Demontage der Folienabschottung und Entsorgung der Materialien

Die Arbeitshöhe beträgt dabei bis ca. 4,00m

Die Vergabeunterlagen enthalten Dokumente, die zur Wahrung der Vertraulichkeit erst nach Rücksendung des unterschriebenen Vergabedokuments "Vertraulichkeitserklärung" über die „Bieterkommunikation“ der „Deutsche eVergabe“, an den Bieter verschickt werden. Diese vertraulichen Dokumente enthalten relevante Projektinformationen für die Angebotserstellung und sollten vor Einreichung des Angebotes von den Bietern gesichtet werden.

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

h) Falls der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für eines, mehrere oder alle Lose einzureichen

Losweise Ausschreibung: Nein

i) Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrags; sofern möglich, Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden sollen

Von: 05.05.2025 Bis: 07.04.2028

j) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 3 zur Nichtzulassung von Nebenangeboten

Nebenangebote sind nicht zugelassen

k) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 4 zur Nichtzulassung der Abgabe mehrerer Hauptangebote

Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig

l) Name und Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer, E-Mail-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert und eingesehen werden können; bei Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung auf einem Internetportal die Angabe einer Internetadresse, unter der die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können; § 11 Absatz 7 bleibt unberührt

Die Auftragsunterlagen stehen gebührenfrei zur Verfügung unter:

<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deep link/subproject/f7aea597-6a73-4376-aaff-1d416f820e07>

m) gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist

gebührenfrei

n) bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an die diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderungen zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden,

Teilnahme- oder Angebotsfrist:

Bindefrist:

o) Frist für den Eingang der Angebote und die Bindefrist

13.03.2025 10:00:00

11.04.2025

p) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind; gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind

Elektronische Angebote sind einzureichen unter:

"https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off"

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen

Deutsch

r) die Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden, und gegebenenfalls deren Gewichtung

Niedrigster Preis

s) Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen

13.03.2025 10:00:00

Bieter sind nicht zugelassen.

t) gegebenenfalls geforderte Sicherheiten

keine

u) wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind

Zahlungsbedingung: Skonto zugelassen, Zahlbarmachung innerhalb von von 14 Tagen, innerhalb von 30 Tagen netto.

v) gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft nach der Auftragsvergabe haben muss

Bietergemeinschaften (BIGE) haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene rechtsverbindliche Erklärung abzugeben, dass sie im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter bilden und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften ("Bietergemeinschaftserklärung").

Bietergemeinschaften werden Einzelbietern gleichgesetzt, wenn sie die Arbeiten im eigenen Betrieb oder in den Betrieben der Mitglieder ausführen.

w) verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters

Der Bieter weist seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit (Eignung) gemäß § 6 a VOB/A nach. Nachzuweisen sind nachfolgende Kriterien, wobei die Art der Nachweiserbringung in den Vergabeunterlagen angegeben wird.

Regelmäßig werden Formblätter vorgegeben.

- Zuverlässigkeit im Sinne von § 6 Abs. 3 VOB/A
- Eintragung im Handelsregister, soweit das Unternehmen eintragungspflichtig ist
- Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz z, § 21 Schwarzarbeitsgesetz und § 19 Mindestlohngesetz
- Eigenerklärung zur Tariftreue nach HVTG

Zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit:

Referenzen: Drei vergleichbare Maßnahmen in unterirdischen Bahnstationen unter Betriebsbedingungen/Fahrbetrieb aus den letzten fünf Kalenderjahren.

-Zertifizierung TRGS 521 KMF für Abbruch- und Sanierungsarbeiten mit alter Mineralwolle muss vorliegen und ist bei der Angebotsabgabe einzureichen

Beim Einsatz von Nachunternehmern hat der Bieter ein Verzeichnis über deren Leistungen (Art und Umfang) mit dem Angebot einzureichen.

Der Nachweis der Eignungskriterien kann – soweit darin enthalten – durch die vom öffentlichen Auftraggeber direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl ist beim Einsatz von Nachunternehmen der o.g. Nachweis der Eignung auch für die vorgesehenen Nachunternehmen wie beschrieben zu führen.

Bei öffentlichen Ausschreibungen behält sich der öffentliche Auftraggeber vor, vor Zuschlagserteilung den Bieter und die Nachunternehmer, an die er den Auftrag vergeben will und die bislang nur eine Eigenerklärung als vorläufigen Nachweis vorgelegt haben oder auf hinterlegte Angaben im Präqualifikationsverzeichnis verwiesen haben, aufzufordern, die einschlägigen Nachweise unverzüglich zur Prüfung beizubringen.

Anlagen, die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind:

- HVA B-StB Angebotsschreiben
- HVA B-StB Eigenerklärung zur Eignung
- HVA B-StB Unterauftrag-/Nachunternehmerleistungen
- HVA B-StB Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- VGF Vertraulichkeitserklärung
- GAEB 83-Datei: VGF_007_25 Angebots-LV; ausgefüllt abzugeben als GAEB 84-Datei
- VGF_Verpflekl_Tariftreue_2021 (und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG))
- Eigenerklärung Versicherungspflicht
- Eigenerklärung Sanktion gegen Russland - national
- Eigenerklärung LkSG
- Eigenerklärung EBV
- 221_Preisermittlung_Zuschlagskalkulation oder 222_Preisermittlung_Kalkulation_Endsumme
- Formular Objekt-_Ortsbesichtigungen VGF 007_25

x) Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen wenden kann

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
64283 Darmstadt

Tel.: +49 6151126603

Fax: +49 6151125816

31.01.2025